



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021, ergänzt am 21.06.2021

Rassismus bekämpfen – wir zeigen Respekt!

Rassismus tötet! Aber Rassismus beginnt nicht mit Mord. Er beginnt in den Köpfen. Er vergiftet das Denken und bringt den Hass in das Reden. Er trägt Menschenfeindlichkeit und Gewalt in unsere Gesellschaft. Rassismus ist ein Verbrechen an der Menschlichkeit! Deshalb geht er uns alle an. Rassismus trifft Mitbürger*innen, Arbeitskolleg*innen, Nachbar*innen und Freund*innen. Menschen, die mitten in unserer Gesellschaft stehen. Er unterteilt in „Die“ und „Wir“. Er grenzt aus und wertet ab und zerstört unseren Zusammenhalt. Das dürfen wir nicht zulassen!

Wir bekämpfen Rassismus in all seinen menschenfeindlichen Formen und Stadien – egal ob er sich gegen jüdische Menschen, muslimische Frauen und Männer, Sinti und Roma, People of Color oder andere Gruppen richtet. Damit stehen wir in der antifaschistischen Tradition der SPD. Eine demokratische und solidarische Gesellschaft lebt vom Respekt vor vielfältigen Herkunftsgeschichten, Glaubensrichtungen, Biografien, Lebensentwürfen sowie vor sexuellen Identitäten. Diesen Respekt bringen wir allen Menschen entgegen.

Strukturen für Anerkennung statt strukturellem Rassismus

Wir Sozialdemokrat*innen stehen für das Versprechen einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Die Einheit in Vielfalt ist unser Ziel. Hierdurch wollen wir allen Menschen gleichermaßen Anerkennung, Respekt und die Sicherheit garantieren, ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft zu sein. Nur so können wir zusammen mit Zuversicht in eine lebenswerte, weil menschenfreundliche Zukunft blicken.

Wir wissen, dass dieses Versprechen durch das alltägliche Erleben von Rassismus und Ausgrenzung erschüttert wird. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, wenn beispielsweise Schüler*innen mit türkisch- oder arabisch-klingenden Namen weiterhin strukturell benachteiligt werden gegenüber ihren leistungsgleichen Mitschüler*innen mit deutschklingenden Namen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn sie weiterhin viel größere Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz oder eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu finden. Es ist nicht hinnehmbar, wenn gesellschaftliche Vielfalt und die Zusammensetzung unsere staatlichen und politischen Institutionen weiter so eklatant auseinanderklaffen.

Auch im Jahr 2021 müssen Synagogen, jüdische Kindergärten, Schulen, Seniorenheime, Gemeindehäuser oder Friedhöfe von der Polizei beschützt werden. Jüdinnen und Juden trauen sich aus Angst vor Übergriffen nicht, religiöse Symbole offen zu tragen. Das ist eine Schande für unser Land. Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Wir verurteilen ohne Wenn und Aber jede Form des Antisemitismus.

Unsere Antwort: Die Vielfalt der Gesellschaft, muss sich in allen Institutionen und allen gesellschaftlichen Ebenen abbilden. Dort, wo Rassismus strukturell vorkommt, muss er als solcher benannt und bekämpft werden. Wir schaffen die notwendigen Strukturen, damit endlich alle Menschen, egal welcher Herkunft, in Behörden, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien

45 und Politik angemessen vertreten sind. Das Versprechen von Anerkennung und Teilhabe muss
46 uneingeschränkt für *alle* einlösbar sein.

47 89 Maßnahmen vereinbart - jetzt kommt es auf die Umsetzung an!

48 Mit Unterstützung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure konnten wir in der Bundesregierung
49 einen sehr ambitionierten Maßnahmenkatalog vereinbaren. Als treibende Kraft hat Olaf Scholz
50 im Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus dafür gesorgt, dass man sich
51 auf insgesamt 89 Maßnahmen verständigt hat.

52 Wir machen jetzt weiter Druck, damit aus Vereinbarungen auch konkrete Maßnahmen werden
53 im Kampf gegen Rassismus. Dabei orientieren wir uns auch weiterhin an den Empfehlungen des
54 NSU Untersuchungsausschusses.

55 Damit

- 56 ▪ das Wort „Rasse“ aus Art. 3 Abs. 3 GG gestrichen und ersetzt wird durch eine
57 Formulierung, die den grundrechtlichen Schutz vor Rassismus weiterhin garantiert;
- 58 ▪ die Stärkung des fachlichen Austauschs und die Zusammenarbeit zwischen
59 Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden etwa mit dem neuen Programm
60 „Zivilgesellschaft und Polizei“ voranschreitet.
- 61 ▪ eine kritische Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit in die Wege geleitet wird.
- 62 ▪ die bisherigen Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschlossen
63 werden und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird;
- 64 ▪ ein Demokratiefördergesetz verabschiedet wird, zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen
65 und bürgerschaftlichen Engagements zum Wohle unserer Demokratie.

66 Dabei ist klar: Diese Maßnahmen sind wichtige Bausteine in unserem im Kampf gegen
67 Rassismus. Aber wir wollen weitere! Wie etwa

- 68 ▪ ein Bundespartizipationsgesetz, damit endlich auch Menschen mit
69 Einwanderungsgeschichte und *Menschen of Color* angemessen vertreten sind in Behörden,
70 Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Politik;
- 71 ▪ eine*n Beauftragte*n der Bundesregierung für Antirassismus;
- 72 ▪ die Aufnahme von Antirassismus, Demokratieförderung sowie das Engagement gegen
73 Antisemitismus als explizite Staatsziele in die Verfassung des Bundes und der Länder.

75 Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wollen wir einen dauerhaften Antirassismuskongress
76 auf Bundesebene einrichten, auf dem Betroffene, zivilgesellschaftliche Organisationen und
77 weitere Verbände mit Vertreter*innen der Politik in den Austausch treten können.

78 Weiterhin muss antirassistische Bildungsarbeit von der KiTa bis zur Hochschule und der
79 Erwachsenenbildung vermittelt werden, um rassistische Strukturen, Denk- und
80 Handlungsmuster wirksam zu bekämpfen. Dafür wollen wir Ansätze und Projekte finanziell
81 fördern. Um diese lebenslange antirassistische Bildung zu stärken, benötigen wird mehr
82 wissenschaftliche Erkenntnisse über Rassismus in Deutschland, die auch die Sicht der
83 Betroffenen einbezieht.

84 Außerdem wollen wir Betroffene von rassistischen Gewalttaten nicht alleine lassen, sondern
85 solidarisch unterstützen. Deshalb wollen wir leicht zugängliche Hilfefonds für Opfer von
86 rassistischer Gewalt einrichten.

87

88 Das vielfältige jüdische Leben in Deutschland darf nicht länger bedroht werden. Wir wollen
89 Antisemitismus konsequent bekämpfen und dazu eine nach der IHRA definierte nachhaltige
90 Strategie gegen Antisemitismus auf Bundes- und Landesebene gemeinsam mit den
91 Betroffenen erarbeiten. Den anhaltenden Rassismus gegen Sinti*zze und Tom*nja wollen wir
92 entgegenwirken, in dem wir die Selbstorganisation von Sinti*zze und Rom*nja unterstützen.

93

94 Rassismus und Antisemitismus gefährden unseren Zusammenhalt. Nicht erst seit den
95 rassistischen oder antisemitischen Morden in Hanau und Halle. Nicht erst seit den
96 schrecklichen Taten des sogenannten „NSU“. Es ist längst überfällig, rassistische Strukturen
97 aus der Gesellschaft zu beseitigen! Wer, wenn nicht wir Sozialdemokrat*innen? Wo, wenn
98 nicht in Deutschland? Wann, wenn nicht jetzt? Wir zeigen Respekt!